

„WIR WOLLEN KEINE FAIRHANDELS-POLIZEI!“

Interview mit Luuk Zonnefeld, Geschäftsführer von Fairtrade Labeling Organizations International, FLO

Im Fairen Handel ist viel von Standards die Rede. Das klingt ein wenig technisch. Was genau verbirgt sich dahinter?

Zonnefeld: Die Arbeit mit Standards gab es bis vor einigen Jahren auch bei Fairtrade so noch nicht. Sie wurde aber mit steigendem Marktzugang nötig, denn als immer mehr fair gehandelte Produkte in die Supermärkte kamen, wuchs auch das öffentliche Interesse an Transparenz und Verlässlichkeit im Fairen Handel. Die Standards sichern sozusagen die Grundprinzipien des Fairen Handels. Zu jedem Standard gibt es Indikatoren, mit deren Hilfe überprüft wird, ob die Standards auch eingehalten werden. Ein Beispiel: Im Fairen Handel darf es keine Kinderarbeit geben. Das ist ein Standard. Als Indikator dazu dient eine Liste mit den Namen der Arbeiterinnen und Arbeiter und des dazugehörigen Alters, die jede Plantage haben muss. So soll garantiert werden, dass dort niemand arbeitet, der unter 16 Jahre alt ist.

Standards und Indikatoren sind nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die Kontrolle. Wie funktioniert die?

Zonnefeld: Wir arbeiten mit Inspektoren zusammen, die aus der Region stammen, in der sie kontrollieren. Das hat mehrere Vorteile: Sie sprechen die lokale Sprache, sie kennen das Umfeld, die betroffenen Menschen. Sie gehen regelmäßig bei den Produzenten und auf den Plantagen vorbei und kennen die Situation dort – eventuell auch die Probleme und die kritischen Fälle, die es hier und da gibt. Natürlich wird es schwierig, wenn jemand einen unbedingt hinter Licht führen will. Aber, wie gesagt, die Inspektoren kennen das Umfeld und können daraus vielerlei Rückschlüsse ziehen. Sie fragen auch in den Dörfern oder bei den Gewerkschaften nach und können sich so am Ende ein unabhängiges Bild von der Lage auf einer Plantage oder Farm machen. Und etwas steht auch fest: Wir wollen keine Fairhandels-Polizei aufbauen. Der Inspekteur hat nicht die Aufgabe, solange zu kontrollieren, bis er um jeden Preis einen Fehler findet.

Gibt es also Grenzen der Kontrolle?

Zonnefeld: Ich will es mal so sagen: Vielleicht wurde in einigen Bereichen in den vergangenen Jahren auch etwas über-

trieben. Der kritische Blick auf Unternehmen und Industrie hat auch bei uns zu Standarderweiterungen geführt, und wir müssen aufpassen, dass wir unsere Kernstandards dabei nicht aus dem Blick verlieren. Kinderarbeit, Sklavenarbeit – die gibt es auch in unserem Jahrhundert immer noch! – fremd eingekaufte Produkte und jegliche Form der Ausbeutung, all das ist im Fairen Handel absolut verboten und führt zur sofortigen Suspendierung von Produzenten. Aber wenn zum Beispiel die Konto-Auszüge in der Buchhaltung oder das Protokoll einer Sitzung des Joint Bodys fehlen, dann wird das von uns zwar moniert, aber gleichzeitig überlegen wir, wie wir der Organisation helfen können, es demnächst besser zu machen. Dazu trennen wir ganz klar zwischen den Inspektoren, die kontrollieren, und den sogenannten Liaison Officers, die vor allem die Produzentengruppen beraten sollen.

Wie funktioniert das genau?

Zonnefeld: Wenn es zum Beispiel bei einer Inspektion Schwierigkeiten gegeben hat, dann wird der Liaison Officer vom zuständigen Inspekteur darüber informiert. Der Liaison Officer besucht daraufhin die Organisation und bietet seine Hilfe an. Die meisten nutzen das, sie sind sogar froh darüber. Manche Organisationen würden es begrüßen, wenn die Liaison Officers noch mehr Zeit für sie hätten. Aber das ist natürlich auch ein personelles Problem. Die Officers können pro Organisation nur etwa zwei bis vier Tage im Jahr aufwenden.

Ist es denn schon vorgekommen, dass Organisationen aus dem Fairtrade-System herausfallen, weil sie die Standards nicht eingehalten haben?

Zonnefeld: Ja, durchaus. Im vergangenen Jahr wurden 10 Organisationen suspendiert und 4 dezertifiziert.

Was bedeutet das? Was ist der Unterschied?

Zonnefeld: Eine Organisation, die suspendiert wurde, kann wieder in das Fairtrade-System aufgenommen werden, sobald sie ihre Probleme gelöst hat. Eine Dezertifizierung bedeutet hingegen, dass die Verstöße so schwerwiegend waren, dass eine Rückkehr zu Fairtrade so gut wie nicht mehr möglich ist.

Es gibt aber auch noch einen anderen Fall für die Dezertifizierung – nämlich den, dass eine Organisation oder Produzentengruppe selbst nicht mehr beim Fairen Handel mitmachen will. Das tritt zum Beispiel dann ein, wenn sie keinen Markt für ihr Produkt gefunden hat, etwa weil die Produktqualität nicht ausreichend ist, weil der Produkttyp nicht gefragt ist oder weil keine pünktliche und regelmäßige Lieferung garantiert werden kann. So etwas gibt es relativ oft, zum Beispiel bei Kaffee, der aus niedrigeren Höhenlagen kommt oder aus einem Land, das einen schlechten Ruf bezüglich der Kaffeequalität hat. Denn es ist ja mittlerweile so, dass der Kunde mit dem Fairen Handel eine hohe Qualität verbindet.

Für den Fairen Handel selbst ist das eigentlich etwas Gutes ...

Zonnefeld: Stimmt. Aber zuweilen muss man sagen, dass es für sehr arme und noch wenig entwickelte Produzentengruppen dann doch nicht der richtige Markt ist. Wir versuchen diesen Organisationen dann dabei zu helfen, sich vielleicht den einheimischen – nationalen oder regionalen – Markt zu erschließen oder auf ein anderes Produkt umzusteigen.

Kommen wir zurück zu den Standards. Einer davon ist der Mutterschutz. Seit wann gibt es das im Fairen Handel?

Zonnefeld: Dieser Standard wurde wichtig, als immer mehr Plantagen und Farmen mit angestellten Arbeiterinnen hinzu kamen. Zusätzlich zum Entwicklungsgedanken wollten wir die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO Convention) übernehmen – also das, was normale, menschenwürdige Arbeitsbedingungen ausmacht. Dazu gehört auch der Mutterschutz. Eine Frau darf zunächst auf keinen Fall entlassen werden, weil sie schwanger ist. Natürlich wissen wir, dass es insbesondere in Entwicklungsländern schwieriger ist, Standards einzuhalten. Die Standards werden deshalb auch in einem engen Abstimmungsprozess mit den Partnern entwickelt.

Trotzdem ist Südafrika ein Sonderfall. Hier gibt es im Fairtrade noch zusätzlich das sogenannte „Black Empowerment“, also die Förderung von Schwarzen, als Standard.

Zonnefeld: Ja, das stimmt. Das ist einer der ganz wenigen länderspezifischen Standards. Und er ist ein Mindeststandard – übernommen vom Black Empowerment Programm, das die ANC-Regierung eingeführt hatte. Auch wir hatten im Fairen Handel festgestellt, dass es nach Abschaffung des Apartheid-Regimes prak-

tisch keine Organisationsstrukturen für kleinbäuerliche, schwarze Produzentinnen und Produzenten gab. Im Land gibt es fast nur Plantagenwirtschaft, und die Führung dieser Plantagen ist weiß. Zum Standard im Fairen Handel gehört es deshalb, dass es auf den Plantagen ein spezielles Ausbildungsprogramm für Schwarze geben muss, die auch eine Chance bekommen sollen, ins Management aufgenommen zu werden. Außerdem muss die Plantage zu 25 Prozent Eigentum der Arbeiterinnen und Arbeiter sein.

Über welche neuen Standards oder Weiterentwicklungen wird derzeit bei Fairtrade nachgedacht?

Zonnefeld: Bei den Kleinbauern ist seit vielen Jahren das Problem: Wie erfassen wir auch die Tagelöhner, die für diese Kleinbauern arbeiten? Wie kann sichergestellt werden, dass auch sie einen fairen Mindestlohn bekommen? Wie wäre eine Beteiligung auch dieser Gruppe an den Fairhandels-Prämien möglich? Was können die Kooperativen tun, um diesen Leuten zu helfen, die ja oft illegal arbeiten oder keine Unterkunft haben? Dazu müssten wir den Standard für die Zusammenarbeit mit kleinbäuerlichen Produzentengruppen weiterentwickeln – es ist nicht einfach, aber wir arbeiten daran.

Ein anderes Problem ist, dass eine feste Organisationsstruktur bislang Grundvoraussetzung für die Teilnahme am Fairhandelssystem war. Doch in vielen Ländern fehlt das. Vielen Frauen, die kleinbäuerliche Produkte oder Kunsthandwerk herstellen, haben keine formelle Organisation. Deshalb wollen wir ein Verfahren entwickeln, wie wir auch mit solchen, informellen Gruppen zusammen arbeiten können, ohne dabei den Anspruch von Transparenz und Kontrolle aufzugeben. Eine Lösung könnte sein, dazu – sozusagen als Mittler – mit einer Nichtregierungsorganisation vor Ort zu kooperieren. Auch daran arbeiten wir derzeit. Das Dritte ist eine für die Bauern erfreuliche Veränderung beim Kaffee: Die Fairtrade-Prämie und die Prämie für organisch angebauten Kaffee ist seit Juni 2007 um jeweils 5 Cents pro Pfund gestiegen.

